

stecken. Entsprechend ambivalent ist dann auch die Einstellung der Bevölkerung: Neben grundsätzlich positiver Bewertung der Demokratie steht häufig die Erwartung größerer Problemlösungskompetenz von autoritären Führungspersonlichkeiten. Mittelfristig dürfte viel davon abhängen, wie die gegenwärtige Regierung mit der Wirtschaftskrise fertig wird. Im Folgekapitel "Die *chaebôl*: Herkunft, Struktur und Probleme der südkoreanischen Unternehmensgruppen" entwirft Frank ein kenntnisreiches und eingängiges Bild dieser die südkoreanische Wirtschaft prägenden gigantischen Gemischtwarenläden: beherrscht und zusammengehalten von der Familie des jeweiligen Gründers – darunter eindrucksvolle Unternehmerpersönlichkeiten – und wegen grotesker Unterkapitalisierung finanziert von ebenso gigantischen Schuldenbergen. Da zudem längerfristige Vorhaben oft mit kurzfristigen Krediten finanziert wurden, liegt die Krisenanfälligkeit dieser Strukturen auf der Hand. Die schon angesprochene Frage der Strukturreform stellt sich hier mit besonderer Dringlichkeit.

Dann behandelt wiederum Köllner "Kleine und mittlere Unternehmen in Südkorea: Ihre Entwicklung und Förderung durch den Staat". Dabei wird die bisher arg "verzerrte Industriestruktur" des Landes schonungslos ausgeleuchtet. Denn trotz ständiger verbaler Förderung durch die Regierung konnten sich die kleinen und mittleren Unternehmen im Schatten der *chaebôl* nie so recht entfalten. Jetzt sind positive Änderungen immerhin ansatzweise erkennbar und werden konsequent weiterverfolgt werden müssen, wenn die Krise nachhaltig überwunden werden soll.

Diese "Krise am Ende der 90er Jahre" wird von Frank im Schlußkapitel ausführlich dargestellt, wobei er deutlich zwischen Finanzkrise und Wirtschaftskrise unterscheidet. Dabei könnte die relativ schnelle Bewältigung der Finanzkrise die Unternehmen – in erster Linie die *chaebôl* – durchaus dazu verführen, die zur nachhaltigen Behebung der Wirtschaftskrise erforderlichen und von der Regierung geforderten Strukturreformen zu verschleppen und damit das gerade wiedergewonnene Vertrauen wieder zu verspielen. Der Ausblick ist also durchaus ambivalent.

Den Autoren ist es gelungen, den Lesern die erstrebte Hintergrundinformation zur aktuellen Lageberichterstattung in klarer und verständlicher Form zu vermitteln.

Karl Leuteritz

Patrick Köllner

Korea 1999

Politik, Wirtschaft, Gesellschaft

Institut für Asienkunde, Hamburg, 1999, 269 S., DM 44,--

Hinter dem schlichten Titel verbirgt sich die vierte Ausgabe des als Jahrbuch konzipierten Sammelbandes über Korea, der in drei Abschnitten die vielschichtigen Entwicklungen auf

der Koreanischen Halbinsel beleuchtet. Der erste Abschnitt umfaßt Beiträge, die die gesamte Halbinsel betreffen, während anschließend diejenigen zu Südkorea und schließlich drei Beiträge zu Nordkorea zusammengefaßt sind, womit das Jahrbuch auch der – angesichts der Informationslage verständnisvollen – Kritik an den bisher dünnen Beiträgen zu der Situation im Norden begegnet (vgl. nur Leuteritz, VRÜ 31 [1998], S. 408).

Am Anfang steht eine kurze Chronik der Ereignisse des Jahres 1998 auf der koreanischen Halbinsel, eine Auswahl vom Herausgeber *Köllner* zusammengetragener Daten in kurzer tabellarischer Auflistung, die – unterteilt nach Süd- und Nordkorea – teilweise auch Ereignisse in Erinnerung rufen, die eine Zäsur, zumindest aber eine bedeutende Wegmarke darstellen. Dies gilt für die Inauguration von Kim Dae-jung als Staatspräsident und die Ernennung und Bestätigung Kim Jong-pils als Ministerpräsident, auf andere Weise auch für die Überquerung der nordkoreanischen Grenze durch den Hyundai-Ehrevorsitzenden Chung Ju-yung mit 500 Rindern oder die Freigabe der mutmaßlichen Überreste von US-Soldaten aus dem Koreakrieg durch Nordkorea oder die Teilnahme des neuen südkoreanischen Außenministers an den Feierlichkeiten zum 50. Gründungstag Nordkoreas. Traurige Kontinuität wird mit Angaben zu Strafverfahren wegen Veruntreuung und grober Nachlässigkeit oder zu Grenzzwischenfällen dokumentiert.

Daß es sich bei "Korea 1999" wie bei seinen Vorgängerbänden nicht um einen bloßen Jahresbericht, sondern um ein an der Jahreszahl nicht haftendes Jahrbuch handelt, verdeutlicht der Beitrag von *Leuteritz*, der sich schon während seiner Zeit als Botschafter intensiv mit den verschiedenen auch historischen Facetten des Landes beschäftigte und hier abschließend die Ergebnisse einer Recherche in Akten des Auswärtigen Amtes vorlegt, die vorangegangene Studien des ungarischen Historikers Fendler ergänzen. Den Hintergrund bildet die – in jüngeren Veröffentlichungen vernachlässigte – Feststellung, aus veröffentlichten Quellen gehe bereits hervor, daß nicht erst der Annexionsvertrag von 1910 die Souveränität des formal fortbestehenden Kaiserreichs Korea beendete, sondern der Protektoratsvertrag von 1905 (S. 23). So wendet sich der Beitrag der noch umstrittenen Frage zu, ob der Protektoratsvertrag mit so gravierenden Mängeln behaftet war, daß diese auch nach damaligem Völkerrechtsverständnis seiner Wirksamkeit entgegenstanden (S. 23). Anhand von Berichten des kaiserlich-deutschen Ministerresidenten in Seoul von Saldern und des Vizekonsuls Ney aus dem Jahre 1905 stützt der Verfasser die seinerzeit insbesondere vom Hof des Koreanischen Kaisers Kojong verbreitete Darstellung, daß der japanisch-koreanische Protektoratsvertrag von 1905 unter erheblichem, nicht nur diplomatischem Druck abgeschlossen wurde. Die Dokumente geben Auskunft, daß auch physischer Zwang gegenüber dem nur zur Verhandlung, nicht aber zur Unterschrift ermächtigten koreanischen Außenminister Pak ausgeübt und das Siegel erst später und nur auf einem Vertragsexemplar vom japanischen Dolmetscher aufgedrückt wurde. Doch geht der Beitrag über die historische Feststellung, der Protektoratsvertrag sei auf Grund der dargestellten Mängel auch nach damaliger Rechtsauffassung nicht völkerrechtlich wirksam zustande gekommen (S. 28), hinaus und belegt, daß das Auswärtige Amt kurz nach der Unterzeichnung und noch vor einem Termin mit dem japanischen Gesandten in Berlin telegrafisch über die

Ablehnung des Protektoratsvertrages durch das koreanische Kaiserhaus informiert worden war und schildert die Lage und die Begleitumstände in dem von seinem mächtigen Nachbarn bedrängten Land. Nebenbei dokumentiert der Beitrag auch die verächtliche Sprache eines Diplomaten jener Zeit über Personen und Vorgänge im damaligen Korea.

Der Abschnitt zu Südkorea wird mit einem Beitrag von *Pohl* über Schwerpunkte und Tendenzen von Südkoreas Innenpolitik 1998/99 eröffnet. Der Vision einer ‚Sonnenscheinpolitik‘ der Annäherung an den Norden standen Ablehnung aus Pjongyang und Wirtschaftskrise im Süden entgegen. Die Charakteristika der aktuellen Krise – Arbeitslosigkeit als neues Strukturmerkmal, Gewerkschaftsproteste gegen Strukturreformen, Verschiebung der Reform des Regierungssystems in ein Kabinettsystem, Korruption im gesamten Staatsapparat einschließlich der Justiz – werden dem Bericht über die innenpolitischen Ereignisse vorangestellt: Abhörskandale der Geheimdienste, Amnestie, Auseinandersetzungen im Parlament und innerhalb der Opposition, schließlich die Kooperation zwischen Regierung und Opposition mit der stillschweigenden Übereinkunft, Reformen zu verschieben.

Eine kritische Bilanz der Menschenrechtspolitik der Regierung Kim Dae-jungs zieht *Meinardus* insbesondere hinsichtlich der für Südkorea tradierten Amnestiepraxis, die im ersten Regierungsjahr der neuen Regierung zwar vornehmlich 5,5 Millionen Kleinkriminellen Strafen erließ, besonders stark aber die ehemaligen Präsidenten Chun Doo-hwan und Roh Tae-woo durch Haftentlassung profitieren ließ, während demgegenüber nur wenige politische Gefangene freigelassen wurden. Viele von ihnen hatten sich geweigert, in einer Treuerklärung sich auch den Inhalten des Nationalen Sicherheitsgesetzes zu unterwerfen, in dessen Bestimmungen sie – wie auch Menschenrechtsorganisationen – gravierende Verstöße gegen fundamentale Rechte sehen. *Meinardus* beleuchtet auch die Diskussion um das von der Regierung im Wahlkampf propagierte Menschenrechtsgesetz, dessen Entwürfe wegen der darin vorgesehenen staatlichen Menschenrechtskommission auf starke Ablehnung der Menschenrechtsverbände stießen, die ihrerseits eine unabhängige Kommission fordern.

Die unerwartet brisante Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Südkorea, mit Schwerpunkten bei Jüngeren und Männern, nimmt *Mayer* zum Ausgangspunkt für seinen Überblick über Maßnahmen zur Bewältigung der sozialen Krise. Da Beschäftigte einerseits überwiegend über die Entlohnung hinaus durch Betriebswohnungen und –kindergärten an den Arbeitgeber gebunden, andererseits nur zu einem geringen Anteil versichert sind, trägt die Krise vielfältige soziale Facetten. Positiv bewertet *Mayer* die Ergebnisse der Arbeit der *Tripartite Commission* seit 1997, einem gesellschaftlichen Bündnis zur Bewältigung der sozialen Krise, wie es in verschiedenen Industriestaaten in unterschiedlicher Ausprägung zur Herstellung eines sozialen Konsenses über die notwendigen Wirtschafts- und Sozialreformen geschaffen wurde. Die fest gefügte Struktur der Kommission mit eigenem Sekretariat war von den Ministerien ebenso mit Mißtrauen betrachtet worden wie die Einbeziehung aller Gruppen einschließlich der Gewerkschaften, die von der Industrie als europäisch geprägter Korporatismus kritisiert worden war. Begleitet wurden die Anfänge der Kommissionsarbeit von einem gravierenden Umbruch in den traditionell sehr engen, zuletzt aber stark belaste-

ten und konfrontativen Beziehungen zwischen Betrieben und Mitarbeitern. Die massive Erleichterung von Entlassungen zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes war Ausdruck des Abschieds vom Prinzip der lebenslangen Beschäftigung in einem Unternehmen und der entsprechenden firmenbezogenen Loyalität (S. 83). Der *Tripartite Commission* gelang ein Beitrag zur Vertrauensbildung in einer Gesellschaft, in der die gravierenden Veränderungen des Arbeits- und Sozialsystems nicht von einer intensiven gesellschaftlichen Diskussion in der Öffentlichkeit diskutiert werden, ohne das Problem hoher Fehleranfälligkeit dieses Politikstils völlig zu beseitigen (S. 99).

Einer Ursache für die mangelnde öffentliche Auseinandersetzung über Politikinhalt wendet sich der Beitrag von *Park* zu. Er skizziert die verschiedenen Programme von Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen zur politischen Bildung vor dem Hintergrund des in der südkoreanischen Verfassung verankerten Staatsziels zur Förderung lebenslanger Bildung (Art. 31 Abs. 5 KV) und der Notwendigkeit, leistungsfähige Strukturen zu schaffen, um der Entwicklung formaler demokratischer Institutionen auch die Förderung eines demokratischen Staatsbürgers folgen zu lassen. So sehr die dargestellten vorhandenen Institutionen Mängel aufweisen, bleibt fraglich, ob der knappe Verweis auf die Bundeszentrale für politische Bildung (S. 112) – der hierzulande die mindestens ebenso wichtigen Landeszentralen zur Seite stehen – in der Sache trägt und eine angemessene Antwort auf die strukturellen Erfordernisse enthält.

Wichtige Etappenerfolge und einen guten Anfang auf einem langen Weg mit immer wieder neuen Rückschlägen prognostiziert *Schramm* in seinem Beitrag über Grundzüge und Tendenzen der südkoreanischen Außenpolitik. Die ‚Sonnenscheinpolitik‘ gegenüber Nordkorea habe zwar nicht die Wunschträume erfüllt (S. 115), insgesamt aber zu mehr gegenseitiger Gesprächsbereitschaft und Einzelerfolgen geführt – der erwähnte ‚Durchbruch‘ der Rinder gilt dabei nur als ein Beispiel. Die Genfer Vierergespräche zwischen Nord- und Südkorea, den USA und der Volksrepublik China und die erfolgreiche Arbeit der Korean Peninsula Energy Development Organization (KEDO) vermitteln neben den bilateralen Beziehungen zu den USA, Japan, der VR China und Rußland verlässliche Koordinaten der Außenpolitik Südkoreas.

Ein facettenreiches Bild der innen- und außenwirtschaftlichen Entwicklung auf der koreanischen Halbinsel entsteht mit den Beiträgen von *Henseleit* zu den Wirtschaftstrends zur Jahresmitte 1999, von *Meier-Kulenkampff* und *Schüller* zur Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Südkorea und der VR China seit 1992 und *Pohl* zur Wirtschaft Nordkoreas 1998/99. Strukturelle Probleme, Zielkonflikte und fragwürdige Steuerungsversuche der Regierung kennzeichnen das Bild der wirtschaftlichen Lage im Innern. Die Wirtschaftsbeziehungen zur VR China mußten einen Rückschlag durch die asiatische Wirtschaftskrise verzeichnen, mittelfristig ist aber mit einer positiven Entwicklung der Rahmenbedingungen für ein Wachstum in der wirtschaftlichen Kooperation zu rechnen (S. 176). Nordkoreas Außenhandel weist zum einen die Besonderheit auf, daß im Berichtszeitraum der Handel mit den USA deutlich angestiegen ist, während der Handel mit Rußland zunächst geschrumpft ist und sich stabilisiert. Zum anderen fassen die ersten südkoreani-

schen Großunternehmen Investitionen ins Auge, um durch Produktion im Norden den südkoreanischen Markt zu bedienen; auch gibt es Überlegungen zu verstärkter Zusammenarbeit auf dem Energiesektor (S. 186).

Bereits die Berichte zu den Wirtschaftstrends verdeutlichen, daß die Entwicklungen im Norden und Süden der Halbinsel nicht mehr völlig unabhängig voneinander zu betrachten sind. Auch in *Köllners* Gedanken zu Mythos und Realität der nordkoreanischen Außenpolitik wird dies deutlich. Nach einigen Vorbemerkungen zu der fortwährenden Intransparenz politischer Prozesse im Norden, erläutert Köllner die Ziele nordkoreanischer Außenpolitik, wobei er die offiziellen außenpolitischen Ziele Unabhängigkeit, Frieden und Freundschaft um die inoffiziellen Ziele Legitimität, Sicherheit und Entwicklung ergänzt (S. 188 f.). Zu den Determinanten gehören die totalitäre Ordnung, die Eigenheiten und Stellung des Führers Kim Jong-il, die Juche-Ideologie einer eigenen, autarken Entwicklung eines Marxismus-Leninismus, sowie die verengte Wahrnehmung der außenpolitischen Beziehungen und die wirtschaftliche Lage im Innern, im Äußeren die Konkurrenz gegenüber dem Süden, im übrigen die Mächt konstellation in Asien. Auf dieser Basis analysiert Köllner die nordkoreanische Außenpolitik in Einzelbereichen und kommt zu dem Schluß, daß es Nordkorea in einzigartiger Weise gelungen sei, durch "militante Betteldiplomatie" ein Maximum an Unterstützung mit einem Minimum an eigenen Zugeständnissen zu erlangen (S. 202).

Genese, Struktur und Perspektiven der Korean Peninsula Energy Development Organization (KEDO) beleuchtet *Harnisch* in einem umfangreichen Beitrag, der die Problematik des nordkoreanischen Nuklearwaffenprogramms in den Zusammenhang der für Nordkorea wichtigen wirtschaftlichen und technischen Unterstützung stellt und die Entwicklungen, die Ziele und die institutionellen Strukturen der KEDO kritisch hinterfragt. Die vom Westen mit der KEDO zunächst verfolgte Strategie der Einbindung Nordkoreas in die internationale Staatengemeinschaft sei dabei längst nicht mehr die schnelle Wiedervereinigung beider Staaten nach einem Zusammenbruch Nordkoreas, sondern die vorsichtige Stabilisierung und Reform des Nordens bei Annäherung und Öffnung gegenüber dem Süden (S. 239).

Es ist Köllner mit dem vorliegenden interessanten Band erneut gelungen, eine Vielfalt von Facetten zur Geschichte, Verfassung und Verfaßtheit Koreas sowie seiner Stellung im Spannungsfeld der internationalen Beziehungen aufzuzeigen. Abgerundet wird der Sammelband durch eine umfassende Auswahlbibliographie.

Ulf Marzik